

## **N I E D E R S C H R I F T**

**über die 14. Sitzung des**

**Behindertenbeirates**

**am 03. Februar 2020**

**im Neuen Rathaus**

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Ende: 19.40 Uhr**

Die Anwesenheitsliste liegt dem Originalprotokoll bei.

Protokoll: Verena Schröder

## **Tagesordnung:**

### **TOP 1:**

#### **Begrüßung durch Frau Keiner**

Die Vorsitzende, Frau Keiner, eröffnet um 18.00 Uhr die 14. Sitzung des Behindertenbeirates und begrüßt die anwesenden Beiratsmitglieder und die Gäste.

### **TOP 2:**

#### **Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls vom 19.11.2019**

Gegen das Protokoll vom 19.11.2019 werden keine Einwendungen erhoben. Es wird einstimmig genehmigt. Frau Keiner bittet den Beirat um Zustimmung zu einer Änderung der Tagesordnung. TOP 3 und TOP 4 sollen getauscht und TOP 5 in zwei Unterpunkte unterteilt werden:

- 5 a Beschlussfassung Ausbau barrierefreier Bushaltestellen - Fortschreibung der Prioritätenliste.
- 5 b Antrag zur Auslobung eines Inklusionspreises der Stadt Wetzlar.

Der Beirat stimmt der Änderung einstimmig zu.

### **TOP 3:**

#### **Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (Herr Feth)**

Herr Feth stellt sich vor. Er ist Leiter des Sozialamtes und erklärt, anhand einer Power-Point-Präsentation, die Neuregelungen im neuen Bundesteilhabegesetz (BTHG).

Durch die Einführung des neuen BTHG im Jahre 2017 sollen für alle Menschen mit Behinderung in Deutschland die gleichen Möglichkeiten und Lebensbedingungen geschaffen werden.

Für die Umsetzung war bis Ende 2019 in Hessen der LWV zuständig. Mit dem neuen Bundesteilhabegesetz wird die Eingliederungshilfe nun im SGB IX geregelt.

Die Zuständigkeiten für die Eingliederungshilfe, für Hilfen zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten, die Hilfe zur Pflege sowie die unterhaltssichernden Leistungen für Personen in stationären Eingliederungshilfeeinrichtungen (zukünftig besondere Wohnformen) wurden in Hessen neu bestimmt. Sie gelten ab dem 01.01.2020.

Die PPP wird in Schriftform an alle Beiratsmitglieder verteilt.

Herr Feth informiert weiter, die Umsetzung der neuen Regelungen für die Verwaltung sei teilweise mit hohem Arbeits- und Zeitaufwand verbunden.

Herr SV Schermluy stimmt dem auch für den Bereich der Lebenshilfe zu. Die Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V. hat vor allem für den Bereich der Wohnheime eigene Erfahrungen mit den Regelungen im neuen BTHG gemacht.

Am Anschluss an seinen Vortrag beantwortet Herr Feth noch Fragen aus dem Beirat und verabschiedet sich, da er noch einen Anschlusstermin hat.

#### **TOP 4:**

##### **Vorstellung der Vielfältigkeitserklärung (Frau Buchner)**

Frau Buchner stellt sich vor. Sie ist Leiterin des Freiwilligenzentrums Mittelhessen und leitet dort unter anderem den Arbeitskreis „Engagierte Stadt“.

Hier treffen sich seit 2015 Vertreter/-innen aus verschiedenen Institutionen und entwickeln Ideen für Projekte, die Engagement sichtbar machen sollen und dazu beitragen, Menschen für Engagement zu begeistern.

Aus diesem Arbeitskreis heraus entstand die Idee „Vielfaltsgestalter“ zu werden, um das soziale Miteinander weiter zu stärken.

Gefördert wird das Pilotprogramm "Die Vielfaltsgestalter – Lokale Bündnisse für Zusammenhalt in Vielfalt" von der Robert-Bosch-Stiftung. Die Stiftung fördert über zwei Jahre den Aufbau von sechs lokalen Vereinigungen von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur.

Ziel ist es, Vielfalt vor Ort gemeinsam konstruktiv gestalten und sie als Chance zu begreifen.

Vertreter/-innen aus Politik, Verbänden, der Wirtschaft und Einzelpersonen haben sich am 12.11.2019 unter dem Motto „Wir sind viele! Wir sind vielfältig! Wir sind Wetzlar!“ zur Vielfalts-Konferenz getroffen und die Wetzlarer Erklärung für Zusammenleben in Vielfalt unterzeichnet. Die Gründung des lokalen Bündnisses und die Erstunterzeichnung ist nur der erste Schritt. Weitere Qualifizierungen sollen folgen. Bisher haben 170 Personen die Erklärung unterschrieben.

Frau Buchner verteilt eine Mappe mit Informationen und einem Anmeldeformular, welches dieser Niederschrift beigelegt ist.

Anschließend beantwortet sie Fragen aus dem Beirat. Frau Keiner bedankt sich für die Informationen und versichert, der Beirat werde das Projekt weiterhin begleiten und unterstützen.

### **TOP 5:**

#### **a) Beschlussfassung Ausbau barrierefreier Bushaltestellen - Fortschreibung der Prioritätenliste**

Die Fortschreibung der Prioritätenliste wurde in der AK Sitzung am 16.12.19 vorgestellt. Sie wurde den Mitgliedern des Beirats, zusammen mit der Einladung, übersandt.

Ein Schwerpunkt liegt dieses Mal im Bereich Dalheim, da dort Synergieeffekte mit den im Programm „Soziale Stadt“ stattfindenden Maßnahmen erzielt werden könnten.

Frau Keiner informiert, dass darüber hinaus die barrierefreie Querungen im Bereich Dalheim überprüft und den aktuellen Anforderungen angepasst werden sollen. Dieser Bereich ist vor mehr als zwanzig Jahren zwar ausgebaut worden, die Querungen entsprechen jedoch nicht mehr den heutigen Anforderungen. Zu diesem Bereich zählt auch die Bredow-Siedlung und die Verbindung von Dalheim in Richtung Neustädter Platz.

Die vorgelegte Liste wird einstimmig angenommen und beschlossen.

#### **b) Vorschlag zur Auslobung eines Inklusionspreises der Stadt Wetzlar**

Frau Keiner erläutert ihren Vorschlag einen Inklusionspreis der Stadt Wetzlar auszuloben, der jährlich zu vergeben ist und mit 1000 Euro dotiert sein könnte.

Zur ausführlichen Information wird eine Tischvorlage an die Mitglieder des Beirats verteilt.

Frau Keiner definiert ihre Idee, Menschen, Gruppen, Firmen etc. auszuzeichnen, die sich auf verschiedenen Wegen für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen einsetzen z. B. durch Projektförderung.

Der Vorschlag findet allgemeine Anerkennung.

Frau Müller weist darauf hin, dass einige vor Ort tätigen Gruppierungen über keine eigenen Mittel verfügen dürfen und das Preisgeld dann an die jeweiligen Dachorganisationen weiterleiten werden müsste.

Oberbürgermeister Wagner schlägt darauf hin vor, den vorliegenden Antragsentwurf entsprechend umzuformulieren:

*„Das Preisgeld darf ausschließlich für gemeinnützige und inklusionsfördernde Projekte, Maßnahmen oder Initiativen des/der Gewinners/Gewinner in Wetzlar eingesetzt werden.“*

Der so ergänzte Antrag zur Auslobung eines Inklusionspreises wird einstimmig beschlossen.

Der Antrag wird nun direkt an die Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung weitergeleitet.

## **TOP 6:**

### **Berichte aus dem Arbeitskreis**

Frau Keiner informiert über die AK-Sitzung, die am 16.12.2019 stattgefunden hat. Thema war die Fortschreibung der Prioritätenliste hinsichtlich des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen (siehe TOP 5).

Während dieser Sitzung ergab sich eine kritische Diskussion über die bodengleiche Absenkung an den Überwegen.

Die Mitglieder des AK waren der Meinung, man müsse auf die Hinweise des Blindenbundes reagieren und diesen, als problematisch erkannten Standard, verändern.

Herr Tropp (Tiefbauamt) vertrat die Meinung, dass diese „Nullabsenkung“ vor Jahren beschlossen wurde und alle Kreuzungsbereiche etc. dementsprechend ausgebaut wurden. Man könne keine zwei verschiedenen Standards in der Stadt bauen.

OB Wagner bittet darum, wenn man den bestehenden Beschluss ändern möchte, zuerst ein Votum im AK darüber zu erarbeiteten.

Der Behindertenbeirat beschließt einstimmig, dass eine andere Lösung für die Absenkung der Bürgersteige gefunden werden soll.

Die genauen Bedingungen werden in einer AK-Sitzung erarbeitet.

Frau Schröder wird eine entsprechende AK-Sitzung terminieren und evtl. Vertreter vom Tiefbauamt dazu einladen.

Frau Keiner bittet um rege Beteiligung an dieser Sitzung, insbesondere aus den betroffenen Personengruppen (Sehbehinderte, Rollstuhlfahrer/innen, Benutzer/innen von Rollatoren).

## **TOP 7:**

### **Bericht der Behindertenbeauftragten**

Frau Agel berichtet:

Die Inklusive Diskothek startete am 11. Januar 2016. Die Veranstaltungen, die nun im 5. Jahr regelmäßig stattfinden, werden sehr gut besucht. Dies sei auch ein Verdienst von Herrn Bepperling (Stephanuswerk), der DJ und Ansprechpartner für die Gäste ist. Die Stadt trägt die Raummiete, die Lebenshilfe die DJ-Kosten.

Der demografische Wandel erfordert immer neue Anpassungen an die gesellschaftlichen Bedürfnisse. Aktuell werden Sitzgelegenheiten an Bushaltestellen diskutiert. Körperlich beeinträchtigte, meist ältere Menschen, haben Schwierigkeiten beim Aufstehen von den Bänken. Es wurde gebeten, die Bänke höher anzubringen. Damit wird man dann aber kleineren Menschen und Kindern nicht mehr gerecht.

Frau Agel hat sich mit Herrn Schwarz (Tiefbauamt), Herrn Schieche (Lokale Nahverkehrsorganisation) sowie Frau Wind (Seniorenbeauftragte) in Verbindung gesetzt und nachgefragt, ob Bänke mit einem Haltegriff bzw. mit Armlehne beschafft werden können. Herr Schwarz wird sich mit dem Hersteller in Verbindung setzen und um entsprechende Bänke nachfragen.

Mit den neuen Bänken sollen vorerst einige der neu auszubauenden Haltestellen bestückt werden. Es ist noch unklar, ob sich durch Anbringen zusätzlicher Haltegriffe evtl. die Sitzfläche verkleinert.

Ein ebenfalls durch den demografischen Wandel hervorgerufenes Problem zeigt sich bei den großen Mülltonnen, die den Mehrfamilienhäusern zugeordnet sind.

Die Deckel der Tonnen sind so schwer, dass ältere Menschen nicht mehr die Kraft haben diese anzuheben.

Es gibt Tonnen deren Deckel zweigeteilt sind – diese Tonnen sind aber noch größer. Je nach Anzahl der Mietparteien, können diese Tonnen einem Haus zugeteilt werden. Aktuell gibt es noch Probleme mit der Abrechnung und dem Leerungsrhythmus aber die Stadtreinigung arbeitet daran.

Zum Thema „Ampelschaltungen Rot/Grün Phasen“ erscheint ein Artikel in der nächsten Ausgabe der Seniorenpost.

## **TOP 8:**

### **Verschiedenes**

Frau Keiner bittet um Anregungen und Themen für die nächste Sitzung.

Das Thema Behindertenparkplätze und deren Nutzung von nicht berechtigten Autofahrern wird diskutiert. Frau Agel verweist auf ein von ihr vor einiger Zeit verfasstes Informationsblatt.

OB Wagner macht darauf aufmerksam, dass bei Missbrauch eines Behindertenparkplatzes jederzeit beim Ordnungsamt Anzeige erstattet werden kann.

OB Wagner greift den Vorschlag von Frau Scheuermann auf, die eine Erhöhung des Bußgeldes favorisiert und bittet darum, zu ermitteln wie hoch die Kosten für einen Parkplatzverstoß auf Behindertenparkplätzen sind um das Thema dann in den kommunalen Spitzenverbänden zu diskutieren.

Antwort: Derzeit beträgt das Bußgeld für das Parken auf einem Behindertenparkplatz 35,- €. Voraussichtlich ab Sommer wird das Verwarngeld von 35,- € auf 55,- € erhöht. Dies bedarf noch der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates.

Dementsprechend wurde der bundeseinheitliche Tatbestandskatalog auch noch nicht angepasst.

Nachdem sich keine weiteren Meldungen ergeben haben schließt Frau Keiner die Sitzung um 19.40 Uhr.

*gez.*

Bärbel Keiner  
Vorsitzende

*gez.*

Verena Schröder  
Schriftführerin